

Jeder Tag bestätigt es aufs neue, daß die Grundlagen dieses Wohls nicht durch religiöse und ethische Ideale gewonnen werden können; deren Kraft scheitert dort, wo das Reich der wirtschaftlichen und politischen Machtfaktoren beginnt. Das zweitausend Jahre alte Weltchristentum hat den Weltkrieg nicht verhindern können, und die Ideale des alttestamentlichen werden mit Füßen getreten von dem Geist des neuen, dessen Wibel der Kurszettel ist.

Die wirtschaftliche und politische Macht triumphiert auf der ganzen Linie!

Und darum ist eine Befreiung des Volkes von den großen Leiden des irdischen Daseins nur möglich, wenn jene Macht von der erblickenden Idee in allen Fasern durchdrungen wird und in ihrer Verwirklichung das Ziel steht. Mit anderen Worten: unsere Ideale müssen die reale Macht erobern und in ihren Dienst stellen.

Solange das nicht geschehen ist, hat alle Entrüstung wohlmeinender Leute wenig Sinn; sie erscheint besonders unlogisch dort, wo man am System nichts ändern will. Auf Dornenbüschen wachsen keine Feigen. Und wer da glaubt, die harten und grausamen Tatsachen dieses Lebens durch ethische Predigten ändern zu können, der kann noch einmal zweitausend Jahre warten.

Erst wenn die Machtmittel der Gesellschaft im Dienste der Erlösung stehen und auf wirtschaftlichen und politischen Gebieten rücksichtslos im Interesse der Gesamtheit zur Anwendung kommen, erst dann wird die Menschheit dem traurigen Zustande entgehen, daß ihre schönsten und größten Ideen sich als leere Worte von Generation zu Generation vererben. Und dann wird vieles selbstverständlich sein, was unter den heutigen Umständen als unmöglich bezeichnet wird. Auch der Friede auf Erden!

Wie eine Aktien-Schuhfabrik ohne Dividenden aussieht.

Wenn man in einer Zeitung liest, daß eine Aktien-Gesellschaft keine Dividenden verteilt, so muß der Fall der Leser noch nicht tragisch nehmen, da zu seiner zureichenden Beurteilung die Kenntnis wichtiger Umstände notwendig ist, die aber oft nur Eingeweihte besitzen. Und ebenso verhält es sich mit niedrigen oder gegen das Vorjahr reduzierten Dividenden.

Zu dieser kurzen Betrachtung über dividendenlose Aktien-Unternehmungen werden wir angeregt durch die Hohenzollernsche Schuhindustrie A.-G. in Stetten-Schlingen, die über ihr Geschäftsjahr vom August 1914 bis August 1915 berichtet. In dem Berichte wird festgestellt, daß das Unternehmen meistens früher abgegebene Aufträge auszuführen hatte, wobei nennenswerte Gewinne nicht erzielt werden konnten. Andererseits mußten die durch den Krieg ausgelassenen Sonderverhältnisse das Gesamtergebnis zu einem ungünstigen gestalten. Bald nach Ausbruch des Krieges ergaben sich hinsichtlich der Beschaffung der verschiedenen Arten von Leder und sonstigen Materialien Schwierigkeiten. Hierzu kamen die fortgesetzten Einberufungen der Arbeiter, so daß schließlich Anfang April die Betriebe stillgelegt werden mußten. Außerdem traten noch beträchtliche Verluste bei der Kundschaft ein, die insbesondere auf österreichisch-ungarische und rumänische Abnehmer zurückzuführen waren und Schaden brachten.

Also eine böse Situation und ein entsprechendes Klagebild. Damit scheint auch in Uebereinstimmung zu stehen, daß die Gesellschaft wiederum wie seit vier Jahren keine Dividende verteilt, denn die Rechnung schließt mit einem Verlust von 83 541 Mk. gegen 672 Mk. Gewinn im Vorjahre ab, womit die gesamte Unterbilanz auf 232 439 Mk. steigt. Gleichzeitig konnte aber die Gesellschaft ihre Schuld bei den Kreditoren von 294 223 Mk. auf 2 104 Mk. vermindern und die Wechselschulden von 354 677 Mk. vollständig bezahlen; weiter haben sich die Bankschulden des Unternehmens mit 354 677 Mk. in ein Bankgutachten von 254 490 Mk. verwandelt. Gleichzeitig haben sich die Außenstände der Gesellschaft von 559 725 Mk. auf 150 439 Mk. und die Vorräte von 916 089 Mk. auf 23 250 Mk. verringert.

Die Situation der Hohenzollernschen Aktien-Schuhfabrik hat also während der Kriegszeit eine geradezu großartige Verbesserung erfahren, sie ist finanziell wieder flott geworden, arbeitet mit einem großen flüssigen Betriebskapital, die Aktien haben bedeutend an Wert gewonnen und sie hätte auf das 1,4 Millionen Mark betragende Aktienkapital auch eine schöne Dividende zahlen können trotz des Verlustes der Betriebsrechnung. Dafür werden im nächsten Jahre die Aktionäre mit einer fetten Dividende erfreut werden.

So sieht also eine Aktiengesellschaft ohne Dividenden aus.

Die sozialdemokratische Friedensinterpellation im Reichstage.

In der Reichstags-Sitzung vom 9. Dezember hielt zunächst der Reichstanzler v. Bethmann-Hollweg eine allgemein orientierende Rede über den gegenwärtigen Stand des Krieges auf dem Boden Frankreichs und Russlands, in Belgien, auf dem Balkan und an der italienisch-österreichischen Grenze. An Laßtächlichem wurde dabei nichts gesagt, was nicht aus den Tagesberichten der Presse bereits bekannt war. Der Kanzler betonte auch die wirtschaftlichen Zustände in Deutschland, wobei er erklärte, daß Lebensmittel in genügender Menge vorhanden seien und daß es sich nur

darum handelt, sie auch allem Volke zu erschwinglichen Preisen zugänglich zu machen.

Dann kam die Friedensinterpellation der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an die Reihe. Sie lautete:

„Ist der Reichstanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, unter welchen Bedingungen er geneigt ist, in Friedensverhandlungen einzutreten?“

Die Interpellation wurde von Scheidemann begründet, der, gleich einleitend die Friedenssehnsucht aller Völker betonte, die alle froh wären, wenn dem Kriege schnellstens ein Ende gemacht werden könnte. Man mühte ja an der Menschheit verzeihen, wenn es anders wäre! Deutschland hat sein Ziel der Sicherung seiner Grenzen erreicht und es handelt sich jetzt nur darum, ob die Gegner zum Frieden bereit sind. Aber es sollte der zuerst vom Frieden reden, dessen militärische und wirtschaftliche Stärke ihm gestattet, auf jede Mißbeutung seiner Worte als Zeichen der Schwäche mit ruhigem Kraftbewußtsein hinzuwirken. Der Redner erklärte: Die wilden Zerrüttungs- und Zerstückelungspläne in den feindlichen Ländern haben wir nicht vergessen: Aber auch bei uns zulande sind Eroberungspläne ausgeheckt worden, an deren Verwirklichung kein politisch reifer Mensch denken konnte und deren öffentliche Förderung, wenn sie möglich gewesen wäre, gezeigt hätte, daß auch das deutsche Volk diese Pläne ablehnt. Aber im Ausland sind sie benutzt worden, um die Fortsetzung des Krieges immer wieder als absolut notwendig nachzuweisen. Annetionen volksfremder Gebiete verstoßen gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Auch würde dadurch die innere Einheit und Kraft des deutschen Nationalstaats geschwächt werden (Sehr wahr! b. d. S.). Eine immerwährende Kriegsgefahr und immer drückender werdende Rüstungslasten wäre die absolut sichere Folge.

Ebenso scharf wie diese Annetionspläne weisen wir die gegen das deutsche Reich und seine Verbündeten gerichteten Eroberungsabsichten der feindlichen Mächte zurück. Bis in die jüngste Zeit sagen die Staatsmänner der feindlichen Mächte, vom Frieden könne keine Rede sein, bevor der preussische Militarismus vernichtet und Elsaß-Lothringen an Frankreich gefallen sei. Sie verstehen aber unter dem Militarismus, den sie zerstückeln wollen, etwas anderes als wir. Sie wollen unsere Heere vernichten, in denen unsere Söhne und Brüder stehen. Was wir als Militarismus bekämpfen, muß innerhalb unserer Landesgrenzen entschieden werden, wie über den französischen Militarismus und den englischen Marineismus jenseits der Bogen und jenseits Kanals zu bestimmen sein wird. Den Gedanken einer Angleichung Elsaß-Lothringens an Frankreich lehnen wir ab. Von derartigen unerfreulichen Auslassungen im Ausland will ich nicht sprechen. Was ist an diesem Kriege nicht schon alles geredet worden! Ich trete für den baldigen Frieden ein und spreche deshalb nur von Außerungen, aus denen die Sehnsucht nach dem Frieden klang.

Scheidemann erinnerte dann an Friedensäußerungen von Politikern des Auslandes, so von solchen im englischen Unter- und Oberhaus und im italienischen Parlament. Jeder Arbeiter, Gewerbetreibende, Geschäftsmann, kleine Bauern wünschen den Frieden. Die Mütter, die Frauen und Kinder, auch der feindlichen Soldaten, erstehen das Ende des Mütens ebenso heiß herbei, wie es bei uns der Fall ist. Könnte die Presse frei über die Kriegsziele und die Friedenswille schreiben, mit elementarer Gewalt käme der Friedenswille in allen Ländern zum Durchbruch (Lebh. Sehr richtig! b. d. S.). Im Auftrag unserer deutsch-österreichischen Bruderpartei habe ich zu erklären, daß auch sie sich mit uns einig weiß in der Pflicht zur Landesverteidigung wie in dem Willen zum Frieden.

Und Scheidemann schloß:

Je höher ein Volk in der Kultur steht, umso größer ist seine Sehnsucht, seine ganze Kraft friedlicher Kulturarbeit widmen zu können. Bis zum Tage vor dem Ausbruch des Krieges haben wir mit allen Kräften gegen ihn gewirkt. Wir und unsere Parteigenossen in den anderen Ländern waren zu schwach, ihn zu verhindern. Als dann der Krieg hereinbrach, hatten wir selbstverständlich unser Land, seine Unabhängigkeit und seine Kultur zu schützen. Aber unmittelbare Gefahren drohen uns jetzt nicht mehr. Und deshalb müssen wir den Reichstanzler fragen, ob er nicht Auskunft geben kann über die Bedingungen, unter denen er in Friedensverhandlungen einzutreten bereit ist. Für unser Land und seine Unabhängigkeit setzt unser Volk alles ein, zur Erreichung kapitalistischer Sonderinteressen will das Volk nicht das Leben auch nur eines einzigen unserer Soldaten aufs Spiel gesetzt wissen (Lebh. Beifall b. d. S.).

„Uns treibt nicht Eroberungslust, uns bezieht der unbesugte Wille, den Platz zu beherrschen, auf den Gott uns gestellt hat, für uns und alle kommenden Geschlechter.“ Diese Worte aus der Thronrede vom 4. August 1914 sollten vor allem da nicht vergessen werden, wo die Verantwortung am schwersten lastet. Millionen eilten zu den Fahnen, nicht um die Welt dem deutschen Willen zu unterwerfen, sondern um zu verhindern, daß der Wille, die Einheit, die staatliche Stellung des eigenen Volkes gebrochen und zerrüttet werde. Wir wollen den Frieden, aber wir sind auch stark genug und entschlossen, Heimat und Herd zu schützen, wenn die Gegner den Frieden nicht wollen. Die ganze Welt erwartet die Antwort des Reichstanzlers mit atemberaubender Spannung. Möge er das erlösende Wort finden und seine Bereitschaft zu Friedensverhandlungen aussprechen. Also Welt wird sich auf die Seite dessen stellen, der die Hand zum Frieden bietet. (Lebh. Zust. b. d. S.). Wer sie zurückweist, dessen Name wird fluchbeladen in der Geschichte fortleben.

Der unendliche Ruhm, den ersten entscheidenden Schritt zur Beendigung des jurdürbaren Krieges getan zu haben, soll unserem Lande gesichert bleiben (Lebh. klirr. Beifall).

In seiner Antwort auf die sozialdemokratische Interpellation erklärte der Reichstanzler v. Bethmann-Hollweg, daß von Seiten der Feinde noch keine Friedensangebote gemacht wurden, vielmehr haben sie umgekehrt der deutschen Regierung Friedensangebote angehängt. Gegenüber der von Scheidemann zitierten parlamentarischen Friedensstimme des Auslandes bemerkte der Redner, daß sie z. B. in der englischen Presse sehr wenig Widerhall gefunden haben. Unter den obwaltenden Umständen würde ein deutsches Friedensangebot eine Torheit sein, die den Krieg nur verlängern könnte. Auf einzelne Friedensbedingungen einzugehen, lehnte der Reichstanzler ab. Aber das eine, so führte er zum Schluß aus, sollten sich unsere Feinde selbst sagen. Je länger und verbitterter sie diesen Krieg gegen uns führen, umso mehr wachsen die Garantien, die wir fordern müssen. (Stürm. Zustimmung im Haus und Händeklatschen auf den Tribünen). Wenn unsere Feinde für alle Zukunft eine Kluft zwischen Deutschland und der übrigen Welt aufrichten wollen, dann sollten sie sich auch nicht wundern, daß auch wir unsere Zukunft danach einrichten. (Erneute stürm. Zustimmung im ganzen Hause). Weder im Osten noch im Westen dürfen unsere Feinde über Einfallstore verfügen, durch die sie uns erneut und schärfer als bisher bedrohen können. (Wiederholter lebh. Beifall). Ich glaube es gibt im deutschen Vaterlande niemand, der nicht diesem Ziele zustrebt. Welche Mittel zu diesem Zweck nötig sind, darüber müssen wir uns die Entscheidung vorbehalten. Für die deutsche Regierung ist und bleibt dieser Krieg ein Verteidigungskrieg des deutschen Volkes. Er darf nur mit einem Frieden beendet werden, der nach menschlichen Ermessen uns die Sicherheit gegen seine Wiederkehr bietet. Darin sind wir alle einig und das ist unsere Stärke und dabei soll es bleiben.

Namens der bürgerlichen Parteien gab der Zentrumsabgeordnete Spahn eine Erklärung ab, die in folgenden Sätzen gipfelt: Mögen unsere Feinde sich erneut zum Ausscharen im Kriege, verschwören, wir warten in voller Einigkeit mit ruhiger Entschlossenheit und im Gottvertrauen die Stunde ab, die Friedensverhandlungen ermöglicht, bei denen für die Dauer die wirtschaftlichen, militärischen, finanziellen und politischen Interessen Deutschlands im ganzen Umfang und mit allen Mitteln einschließlich der erforderlichen Gebietserwerbungen gewahrt werden müssen. (Lebhafte und wiederholter Beifall und Händeklatschen bei den bürgerlichen Parteien).

Nun hätte Genosse Landsberg das Schlußwort für die sozialdemokratische Interpellation erhalten sollen, die bürgerliche Mehrheit aber beschloß den Schluß der Debatte, worauf sich eine heftige Geschäftsordnungsdebatte entwickelte, an der sich die Genossen Haase, Ledebur, Landsberg, Scheidemann, Liebknecht und Stadthagen neben mehreren bürgerlichen Rednern beteiligten. Bemerkenswert von diesen Reden ist insbesondere die von Haase, der ausführte: Gerade nach den unbestimmten allgemeinen vieldeutigen Auslassungen des Reichstanzlers und auch nach den letzten Worten des Abg. Spahn ist es notwendig, daß das Volk und die Welt erfahre, daß nicht etwa der gesamte Reichstag mit diesen Ausführungen einverstanden ist. (Sehr richtig! b. d. S.). Ich für meine Person muß die Gemeinschaft mit der Anschauung, die hier zum Ausdruck gekommen ist, mit aller Entschiedenheit ablehnen. (Händeklatschen bei einem Teil der S.). Wollen Sie denn wirklich, daß aus diesem Gemebel als Ergebnis herauskomme ein Europa, das in einen Trümmerhaufen verwandelt worden ist? Wir erklären uns entschieden ablehnend gegenüber allen Eroberungsplänen. (Lebh. Beifall b. d. S.).

Landsberg erhielt dann das Schlußwort und seine Ausführungen deckten sich im Wesentlichen mit jenen Scheidemanns.

Die bürgerliche Presse ist mit dem Reichstag sehr zufrieden und von der sozialdemokratischen Presse möchten wir, nachdem der „Vorwärts“ seinen Artikel nicht veröffentlichte, die Würnberger „Fränkischer Tagespost“ erwähnen, die ihren bezüglichen Artikel schließt:

„Der deutsche Reichstag hatte gestern einen großen Tag, einen großen Tag nicht nur für die Sozialdemokratie, sondern auch für Deutschland, für die Welt und für den Frieden.

Möge ein Echo erklingen in allen Sprachen der Welt.“ Als einen wirklich „großen Tag“ können wir diese Verhandlungen freilich nicht einschätzen, wir würden uns einen solchen ganz anders vorstellen. Dem Genossen Scheidemann mag zugestanden werden, daß er in seiner Rede endlich einmal das zum Ausdruck gebracht hat, was als die von Fraktion und Parteiausschuß aufgestellten Friedensziele längst von der Reichstagstribüne herab hätte verkündet werden müssen. Aber den gegnerischen Wölfen hat er es nicht gerade erleichtert, auch ihrerseits einen Schritt zum Frieden zu tun. Die Friedenssehnsucht aller Völker ist doch nun einmal eine unbeschränkte Tatsache. Hoffen wir, daß die Begründung der Interpellation jenseits der Grenzen so verstanden wird, daß sie die gemeinsamen Interessen und die internationale Solidarität aller Kulturvölker wieder beleben und im Frieden willen betätigen wollte. — Landsberg Rede hat freilich viel, wenn nicht alles, verborgen. Er gab den Worten des Reichstanzlers eine Deutung, die dieser selbst nicht in sie hineinlegte. Nur so konnte er zu dem weiteren falschen Schritt gelangen, die Friedensforderungen des Kanzlers und erst recht die provokatorische Annetionsforderung der bürgerlichen Parteien

paffieren zu lassen. Diese milde Nachricht hat ihm den Dank denn auch den demonstrativ immer wiederkehrenden Beifall der bürgerlichen Parteien eingetragen. Er hat ihn reichlich verdient. Aber dieser mühseligen Ausübung des „großen Tages“ wird doch nicht verhindert, daß der Reichstag immer wieder vor die Frage gestellt wird, wie er dem Frieden dienen kann; und das ist es, was das Volk von ihm verlangt!

Aus der Haushaltskommission des Reichstages.

Die fortgesetzte fünftägige Debatte über Steuerungs-, Preisstrebereien, Kriegsgewinne und Lebensmittelversorgung gestaltete sich sehr lebhaft. Staatssekretär v. Debes bezeichnete die Regelung der Lebensmittelversorgung als die vielleicht wichtigste Frage. Wucher sei nur „ausnahmsweise“ vorgekommen. Ein Mangel an Lebensmitteln bestimme nicht und die Verteuerung der Lebenshaltung während des Krieges betrage höchstens 58 Prozent, was gewiß schon ungeheuerlich genug wäre, aber die Verteuerung beträgt tatsächlich mehr. Aber, meinte der Staatssekretär, die Preise müssen auch eine genügende Höhe haben, damit nicht die Produktionsfreudigkeit unterbunden werde! Zugabe wurde, daß die Höchstpreise für Kartoffeln zu spät festgesetzt wurden. Der preussische Landwirtschaftsminister Graf Schwerin-Löwis meinte, teure Lebensmittelpreise sind immer noch besser als keine (wenn man sie kaufen kann) und für die Versorgung der unermittelten Klassen mit den nötigen Lebensmitteln müßte eben das Reich einstehen. Debatte muß die Feststellung des Redners auslösen, daß wegen Mangel an Wagen von den beschlagnahmten Kartoffeln große Mengen zugrunde gingen.

In der gleichen Sitzung der Kommission vertraten die Genossen Wurm, Hoch und Dr. Quard die Interessen der Konsumenten. Ersterer bemerkte gegenüber den amtlichen Vertretern, daß es für uns kein Trost ist, daß auch im Ausland Steuerung herrscht. Er wies dann nach, daß bei uns die Lebenshaltung um mehr als 100 Prozent teurer geworden ist. Den maßgebenden Stellen kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie auch im zweiten Kriegsjahr keine besitzergreifenden Maßnahmen getroffen haben. Die Preisstrebereien durch „Schieber“ und ähnliche Elemente hätten vermieden werden müssen. Von einsichtsreichen Großgrundbesitzern wird offen zugegeben, daß die Produktionskosten der Landwirtschaft auch nicht annähernd so gestiegen sind, wie das von anderer Seite behauptet wird. In Kriegzeiten dürfen die Preise nicht nach Angebot und Nachfrage bemessen werden. Hier muß das System der Höchstpreise einsehen, die aber nicht so hoch sein dürfen, daß sie sich Wucherpreisen nähern. Mit der Regelung der Brotversorgung hat sich das Volk rasch abgefunden; hätte man nur auf den anderen Gebieten auch so gearbeitet! Dabei besteht ein großer Unterschied zwischen den Brotpreisen an den einzelnen Orten. Hier liegt die Schuld bei den Großmühlern, die es verstanden haben, sich enorme Gewinne zu verschaffen. Dem Verlangen der Zuckerfabriken nach höheren Preisen muß mit aller Schärfe entgegengetreten werden. Die Regelung der Kartoffelversorgung hat bewiesen, daß man sich nicht auf das „freie Spiel der Kräfte“ verlassen darf. Die hohen Preise der Kartoffel-Trockenpräparate reizen dazu an, Kartoffeln dem Markte zu entziehen. — Von einem Mangel an Schweinen kann momentan keine Rede sein, aber die Schweine werden aus spekulativen Gründen vom Markte ferngehalten. — Die Zentralkaufgesellschaft hat verteuert gewirkt. Wir müssen Fleisch- und Fettarten haben; die fleischlosen Tage genügen nicht, denn die besitzende Klasse kann sich vorher mit Fleisch versorgen. Das Beschlagnahmerecht für Vieh und Fleisch muß ungefämmt geschaffen werden, denn eine Rationierung ist nur möglich, wenn die Vorräte nicht zurückgehalten werden können. Das Reich muß Mittel zur Verfügung stellen, damit notwendige Nahrungsmittel zu billigen Preisen an den minderbemittelten Teil der Bevölkerung abgegeben werden können. — Die Preisprüfungsstellen sind eine nicht sonderlich geeignete Einrichtung, weil sie auf die Gutachten der Interessenten angewiesen sind. Nur ein weitgehendes Beschlagnahmerecht kann Besserung schaffen — mit dem Schrei nach dem wirtschaftlichen Diktator ist nichts getan. Der Fehler liegt darin, daß der Reichstag beim Erlass der Bundesratsverordnungen nicht mitwirken kann. Die Not der Massen erfordert sofortige Abhilfe; diese Abhilfe erwartet das Volk vom Reichstag.

Der Unterstaatssekretär Michaelis verteidigte gegenüber Giesbert die 100 Millionen Mark, die die preussische Regierung für Futtermittel aufwendet, um solche den Schweinemästern zu billigerem Preis zu liefern. Dafür müssen die Mäster jeden Monat 125 000 fette Schweine zu den Höchstpreisen auf den Markt bringen.

Der Fortschrittler Gothein machte für die verpackten Maßnahmen der Reichsregierung auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung das preussische Landwirtschaftsministerium verantwortlich, das bestrebt ist, die Entscheidungen hinauszuschieben. Er griff auch die Zentral-einkaufsgenossenschaft an, die für ihre Warenvermittlung bis zu 50 Prozent des Wertes der Waren berechnete. Sachverständig und energisch wandten sich gegen die agrarischen Lebensmittelvertreuer der Fortschrittler Dr. Wendorf und der Nationalliberale Dr. Böhm. Ersterer belämpfte die agrarische Presse, die durch völlig unberechtigte Klagen Unzufriedenheit in das Volk getragen hat. Das Verlangen nach noch höheren Preisen ist völlig ungerichtet. Die heutigen Preise sind sehr hoch; von einer Gefährdung der Landwirtschaft kann gar keine Rede

sein. Mit der gegenteiligen Behauptung ermuntert man das Ausland zum Aushalten gegen uns. Bei Roggen ist der Preis um 40 Prozent, bei Hafer und Gerste um 93 Prozent gegenüber den letzten zehn Friedensjahren gestiegen. Ähnlich steht es mit einer ganzen Reihe anderer landwirtschaftlicher Produkte. Butter ist um 100 Prozent gestiegen. Der Butterpreis kann ohne jede Gefährdung der Landwirtschaft erheblich herabgesetzt werden. Der Landwirtschaft geht es gegenwärtig sehr gut. Die Preise für Mastschweine haben sich seit Jahresfrist verdoppelt. Trotzdem haben einige Landwirte die Schweinemästerei eingestellt. Das ist um so bedauerlicher, als die Deckung des Fettbedarfes eine zwingende Notwendigkeit ist. Zu bedauern ist, daß man sich noch nicht entschlossen hat, Fettkarten einzuführen. Bei der Verteilung der Futtermittel steht fest, daß Landwirte, die gute Beziehungen haben, die Futtermittel wagnungsweise erhalten, andere Landwirte, so auch der Redner selbst, haben nichts erhalten. Die Regelung der Kartoffelversorgung, ungenügend, weil das preussische Landwirtschaftsministerium hindernd eingriff, ist offensichtlich. Nachrichtenamt für Ernährungsfragen“ stets offenbar. Dienste völlig einseitig agrarischer Interessen. Herausgegeben wird diese Zeitschrift vom preussischen Minister des Innern, der ja schon mehrfach durch seine Versuche, die Presse zu beeinflussen, wenig angenehm aufgefallen ist.

Der Führer des Bundes der Landwirte, Dr. Roefide, verteidigte die Landwirtschaft allen Angriffen gegenüber, bestritt die Steuerung und machte für die Mißstimmung im Volke nur die „verheerende Wirksamkeit der Presse“ verantwortlich. Die Landwirte wollen nicht höhere Einnahmen, um sich zu bereichern, sondern nur, um die Landwirtschaft zu heben. Redner schloß mit einem begeisterten Lob für den preussischen Landwirtschaftsminister, dessen Bestrebungen leider nicht genügend berücksichtigt würden. Und wer das alles nicht glaubt, der zahlt einen Groschen zur Unterstützung notleidender Landwirte.

In der Kommissionssitzung vom 6. Dezember machte der Fortschrittler Fischbeil die Zollpolitik für die herrschende enorme Steuerung verantwortlich. Man hat das Verlangen nach hohen Zöllen immer mit dem Hinweis auf den Krieg begründet, der Landwirtschaft sind damit riesige Werte zugeführt worden, und jetzt können die Preise nicht hoch genug sein. Hätte man die Fleischimport aus Argentinien nicht unmöglich gemacht, dann wäre ein Fleischmangel nicht eingetreten. Die Landwirte haben mit den hohen Schweinepreisen große Gewinne erzielt. Grund zu Klagen haben nicht die Landwirte, sondern die Konsumenten, der Handel und das Gewerbe. Bei Fleisch und Kartoffeln ist die Spannung zwischen den Produzenten- und Konsumentenpreisen zu gering, so daß der Handel es ablehnt, diese Artikel zu liefern. Die Verteilung läßt sehr viel zu wünschen übrig, am meisten benachteiligt sind die Großstädte. Die kommandierenden Generale dürfen nicht, wie in Bayern, Ausfuhrverbote erlassen. Daß die Regierung endlich etwas schärfer zugriff, das ist der Presse zu danken, die nicht, wie Abg. Roefide behauptete, das Volk verhebt hat.

Während alle andern Verteidiger der Landwirtschaft das Vorhandensein einer Steuerung bestritten oder diese abzuschwächen suchten, gab der bekannte Schnapsbrennereidirektor Kretsch nicht nur die hohen Preise an, er verteidigte sie auch noch als Mittel gegen die Verschleuderung der Lebensmittel! Natürlich haben Arbeiter und Konsumenten noch nie einen solchen Standpunkt eingenommen, der für sie ebenso schädlich wie für die Freunde des Herrn Kretsch gewinnreich ist. Er verteidigte auch die Zollpolitik, die sich in diesem Kriege für ihre Nutznießer glänzend bewährt hat. Der Redner forderte von den Gemeinden die nötigen Mittel für die ärmere Bevölkerung, damit sie die hohen Preise bezahlen kann. Das heißt, die Gemeinden sollen aus ihren Kassen den Lebensmittelwucherern Millionen-geschenke machen. Schültern und bescheiden ist Herr Kretsch gerade nicht. Dem preussischen Landwirtschaftsminister rühmte er „hohes soziales Verständnis“ für die preussischen Grundbesitzer nach und schließlich bezeichnete er die hohen Kartoffelpreise als zu niedrig.

Solchen Ausführungen gegenüber war es dringend nötig, die wahren Tatsachen wieder zur Geltung zu bringen, was in ausführlicher Weise Genosse Robert Schmidt besorgte. Er erklärte es für ausgeschlossen, die notleidenden Massen mit den heutigen Zuständen auszuföhnen. Dazu hat die Preisstreberei einen zu großen Umfang angenommen. Das Zahlenmaterial, das der Schatzsekretär vorgelegt hat, ist nicht zu verwenden. Die Preissteigerung in Deutschland ist in der Tat höher als im Ausland. Redner belegt das an einer Reihe von Beispielen an der Hand amtlicher deutscher Zahlen. Die Kaufkraft der Massen ist ganz erheblich gesunken. Die arbeitslosen Textilarbeiter bekommen wöchentlich 4 bis 5 Mk. Unterstützung; das bedeutet eine Herabdrückung der Kaufkraft. Es ist daher nicht richtig, wenn der Schatzsekretär annimmt, die Zuwendungen aus dem 400 Millionenfonds habe die Kaufkraft der Massen gehoben. Allein durch die Verteuerung des Roggens legt man den Konsumenten eine Mehrbelastung von 400 Millionen Mark auf. Mit solchen Tatsachen kann man das Volk nicht beruhigen. Die vorgetragenen Entschädigungen bleiben hinter dem wirklichen Ertrag erheblich zurück. Die Behauptung, das wir heute Kartoffeln zu Friedenspreisen bekommen, ist nicht richtig. Mit den Preisen, die heute bezahlt werden, muß die Landwirtschaft auskommen. Die Preise für Spiritus und Kartoffelpräparate waren so hoch, daß sie einen Anreiz boten, die Kartoffeln dortin zu liefern. Die Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften müssen auf das Volk aufreizen wirken. Die Höchstpreise sind viel zu hoch, sonst könnten solche Profite nicht erzielt werden.

Jede Verordnung muß immer wieder eine neue zeitigen, weil die Spekulanten immer sofort versuchen, die Verordnungen zu umgehen. Nicht nur die Landwirtschaft ist schuld, sondern zu einem großen Teil auch der Handel. Die Landwirtschaft hat keinen Grund zu Klagen. Die Löhne in der Landwirtschaft sind nicht gestiegen, die Lage der Landarbeiter hat sich im Gegenteil verschlechtert. Die Naturalleistungen hat man bei den Landarbeitern unter den Höchstpreisen mit Geld abgekauft. Die Erbitterung unter den Landarbeitern ist ganz gewaltig; die Befizer erzielen hohe Preise und der Landarbeiter bekommt kein Futter für das Schwein, das er sich halten kann. Die Landwirtschaft hat kein Recht, sich besondere Verdienste um die Volksernährung zuzuschreiben. Artikel über die Löhne der Landarbeiter sind von der Zensur unterdrückt worden. Die Höchstpreise für Butter sind viel zu spät festgesetzt worden. Dem Staatssekretär ist der Vorwurf zu machen, daß er vielfach versagt hat; er darf sich nicht davor scheuen, bei den agrarischen Führern Unzufriedenheit zu erregen, ihm muß die Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln in erster Linie stehen. Die Kartoffeln werden auch jetzt noch zurückgehalten; die Kommissionsgebühren von 20 Pfg. für den Jentner sind viel zu hoch, handelsüblich sind nur 10 Pfg. Redner schildert die Schwierigkeiten, die den Städten in der Kartoffelversorgung bereitet werden. Das preussische Verwaltungssystem paßt nicht für die Durchführung solcher Maßnahmen; man treibt da geradezu passive Resistenz. Jetzt wieder die Verordnung, wonach ausländische Butter teurer verkauft werden darf! Wo bleibt da die Kontrolle? Wir müssen die vorhandenen Lebensmittel gleichmäßig verteilen, dann wird verhindert, daß der einzelne sich große Vorräte zulegen kann. Die Margarine müßte für jene Kreise reserviert werden, die sich Butter nicht kaufen können. Kein Mensch verkennt die vorhandenen Schwierigkeiten, sie können aber durch eine vernünftige Organisation bemeistert werden.

Auch der Nationalliberale Roland lehnte es ab, der Landwirtschaft noch besonderes Lob zu spenden, denn sie hat einfach im Interesse ihres Geschäftes gehandelt. Der Not der Massen gegenüber verlagte jede Philosophie, hier gilt es, den Notstand zu beseitigen durch Beschaffung genügender Mengen und Festlegung erschwinglicher Preise. Neben anderen Rednern verteidigten auch die Staatssekretäre Debraud und Heflerich die Landwirtschaft.

Aus den Verhandlungen über die Kriegsgewinne sei zunächst erwähnt, daß die Produktiv- und Konsumgenossenschaften von dem Gesetze über die Besteuerung nicht betroffen werden. Annahme fand auch ein fortschrittlicher Antrag, die Rücklage nicht nur aus dem Mehrertrag, sondern aus dem Gewinn überhaupt zulegen berechnen, wenn die vorhandenen Mittel aus dem zweiten Geschäftsjahr nicht ausreichen, die Rücklagen in entsprechender Höhe auch für das erste Geschäftsjahr zugemachen, nachdem die Gewinne daraus bereits verteilt sind; ferner der sozialdemokratische Antrag, die Sonderrücklage der Aktiengesellschaften deren freien Verfügung zu entziehen. Als Anfang des ersten Kriegsgeschäftsjahres wird der August 1914 berechnet und für die Berechnung des Kriegsgewinnes sollen die fünf Geschäftsjahre vor dem Kriege zugrunde gelegt werden.

Die Sozialdemokraten beantragten: 1. Eine Feststellung des Vermögensstandes nach Maßgabe des Wehrbeitragsgesetzes von 1913 mit dem Stichtag des 31. Dezember 1914 schleunigst in die Wege zu leiten. 2. Als bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Erhebung eines erneuten Wehrbeitrages im Laufe des Steuerjahres 1916/17 vorseht. Diese Anträge wurden abgelehnt, dagegen ein Antrag des Konservativen Merzin angenommen, der die verbündeten Regierungen ersucht, unverzüglich geeignete Maßnahmen zu treffen, durch welche die Veranlagung und Erhebung einer künftigen Kriegsgewinnsteuer auch bei Einzelpersonen sichergestellt wird.

Mitteilungen.

Auflösung der Kontrollstelle für freigegebenes Leder. Nachdem durch die am 1. Dezember d. J. in Kraft getretenen Verordnungen betreffend „Höchstpreise und Beschlagnahme von Leder“ eine Kontrolle der von der Militärverwaltung für den Zivilbedarf freigegebenen Leder nicht mehr erforderlich ist, wird die „Kontrollstelle für freigegebenes Leder“, Berlin W. 56, Marktgrafenstr. 45, am 31. Dezember d. J. aufgelöst.

Alle rückständigen Gebühren für die freigegebenen Leder, für welche bis einschließlich 30. November d. J. die Kontrollstelle die Freigabescheine an die Hersteller abgesandt hat, sind seitens der letzteren bis zum 20. Dezember d. J. an die Kontrollstelle abzuführen.

Gemäß § 10 der Verkaufsbedingungen müssen auch für die noch unverkauften Posten die Gebühren abgeführt werden.

Die weitere Einbindung von Rechnungskopien und Verpflichtungsscheinen ist infolge der neuen Höchstpreisverordnungen nicht mehr erforderlich. **Stuttgart — Cannstatt — Kornwestheim.** Infolge der andauernden und noch fortwährend steigenden Steuerung der notwendigsten Lebensbedürfnisse sah sich auch die Arbeiterschaft der Firmen W. Spieß, Stuttgart, Daueisen & Cie., Cannstatt und J. Sigle & Cie., Kornwestheim ein gewinnung, das Ersuchen auf Gewährung einer entsprechenden Steuererleichterung zu stellen, dessen Berechtigung auch seitens der Arbeitgeber ohne weiteres anerkannt wurde, während über Form und Höhe nicht unwesentliche Meinungsverschiedenheiten herrschten. Nach einigen, in den einzelnen Betrieben gefondert geführten Unterhandlungen wurde eine Einigung auf folgender Grund-

